7244/J
vom 13.10.2026 (XXVIII. GP)

ANFRAGE

des Abgeordneten Alois Kainz
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Kosten für Übersetzungs- und Dolmetschleistungen in Ihrem Ressort im dritten Quartal 2026**

Die präzise sprachliche Kommunikation bleibt im politischen Alltag von unermesslicher Bedeutung. Gerade in Zeiten zunehmender Globalisierung, wachsender weltweiter Konflikte und daraus resultierender Migrationsbewegungen nach Österreich gewinnt eine professionelle Verständigung weiter an Relevanz. Insbesondere in behördlichen, gerichtlichen sowie administrativen Bereichen – etwa in Bundesministerien – kommt dem Übersetzen und Dolmetschen eine zentrale Rolle zu.

Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Entwicklungen – etwa der fortdauernden Konflikte im Nahen Osten, dem Iran-Krieg, der kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine und instabiler Regionen in Teilen Afrikas – ist auch 2026 eine signifikante Migrationsdynamik nach Europa und Österreich zu beobachten:

> *„2026 (Stand 11. Juni) wurde in Österreich 3.768 Personen Asyl gewährt. 3.472 Personen erhielten subsidiären Schutz, zudem wurden 816 humanitäre Aufenthaltstitel erteilt.*
>
> *2026 (Stand Juni) stammten die meisten Asylanträge aus Syrien (1.227) und Afghanistan (1.186). Deutlich geringer, aber weiterhin relevant, waren die Zahlen aus Somalia (324) und dem Iran (251). Weitere wichtige Herkunftsländer waren die Türkei, die Russische Föderation, China der Irak und Indien. Insgesamt machten damit vor allem Afghanistan und Syrien den größten Teil der Anträge aus.“*[1]

Im Migrations- und Integrationskontext bleibt die Rolle qualifizierter Dolmetscher und Übersetzer weiterhin zentral – insbesondere in Gerichtsverfahren, bei Polizeiaufgaben, Asylverfahren, Fremdenrecht, und in administrativen Abläufen der Bundesministerien.

Zudem könnte Österreich seine traditionelle Position als neutraler Vermittler stärker in den Dienst internationaler Friedensverhandlungen stellen. Ein mögliches Engagement in Friedensinitiativen – beispielsweise zwischen der Ukraine und Russland oder im Nahostkonflikt zwischen israelischer und palästinensischer Seite – würde zusätzliche Bedarfsschwerpunkte im Bereich der Fachkommunikation eröffnen und etwaige Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen in diplomatischen Kontexten notwendig machen, etwa in Form von Verhandlungs- und Fachsprachenbegleitung auf hohem Niveau.

---

[1] https://www.integrationsfonds.at/integrationsdaten/asyl/ (aufgerufen am 30.07.2026)

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Wie hoch waren die Kosten für Übersetzungsleistungen in ihrem Ressort im dritten Quartal 2026? (Bitte um detaillierte Aufgliederung nach Kosten und Sprachen)
2. Wie hoch waren die Kosten für Dolmetscherleistungen in ihrem Ressort im dritten Quartal 2026? (Bitte um detaillierte Aufgliederung nach Kosten und Sprachen)
3. Inwiefern entstand durch den Krieg in der Ukraine mit Russland ein erhöhter Bedarf an den Sprachen Ukrainisch und Russisch?
4. Inwiefern entstand durch den Krieg in Israel/Gaza ein erhöhter Bedarf an den Sprachen aus jener Region?
5. Inwiefern entstand durch den Krieg Iran/USA ein erhöhter Bedarf an den Sprachen aus jener Region?
6. Inwiefern entstand durch die Situation in Afghanistan ein erhöhter Bedarf an den Sprachen aus jener Region?
7. Inwiefern entstand durch die Situation in Syrien ein erhöhter Bedarf an den Sprachen aus jener Region?
8. Inwiefern entstand durch die allgemeine Migrationskrise in Österreich und Europa ein erhöhter Bedarf an Dolmetschern in Ihrem Ressort?
9. Welche Sprachen können Sie selbst im Ministerium abdecken, ohne auf externe Dolmetsch- und Übersetzungsleistungen zurückzugreifen?
10. Gibt es Sprachen, in denen ein externer Bedarf besteht, der nicht gedeckt werden kann?
    a. Falls ja, welche?
11. Welche Dolmetscher bzw. Übersetzungsbüros wurden seitens Ihres Ressorts engagiert?
    a. Werden diese Aufträge öffentlich ausgeschrieben?
    b. Falls ja, wo werden diese Aufträge ausgeschrieben?
    c. Falls die Aufträge nicht öffentlich ausgeschrieben werden, warum nicht?
12. Wie und welcher Form sind die Dolmetschleistungen in Ihrem Ressort von dem Sparauflagen der aktuellen Regierung betroffen?
    a. In welcher konkreten Höhe sind Budgetkürzungen im Bereich Übersetzungs- und Dolmetschleistungen vorgesehen?
    b. Gab es seit Einführung der Sparauflagen Fälle, in denen aufgrund fehlender Dolmetscherleistungen Verfahren verzögert oder Kommunikationsprobleme festgestellt wurden?
    c. Wurde Personal abgebaut oder wurden geplante Neuvergaben für Sprachdienstleistungen aufgrund der Sparauflagen gestoppt?
    d. Welche Sprachen sind am stärksten von den Einsparungen betroffen?
    e. Gibt es Überlegungen, verstärkt auf digitale Übersetzungstools zurückzugreifen, um Kosten zu senken?
        i. Wenn ja, wie werden Qualität und Vertraulichkeit dabei sichergestellt?

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-13T16:45:00+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	